



NEUE VIDEOSERIE DER BÜRGERBEWEGUNG PAX EUROPA

„Islam kompakt“ über die fatale Bedeutung des Muezzinrufes

Die Bürgerbewegung Pax Europa (BPE) wird mit ihrer neuen Videoserie „Islam kompakt“ über die vielen Bestandteile dieser Religion informieren, die unsere freiheitlich-demokratische Gesellschaft ernsthaft bedrohen. In der ersten Folge aus dem BPE Info-Studio geht es um die verhängnisvolle Bedeutung des Muezzinrufes und wie sich Bürger erfolgreich gegen ihn wehren können.

Im Zuge der Corona-Krise hatten viele deutsche Städte den Muezzinruf gestattet, damit Moslems einen Ersatz für das Beten in der Moschee haben. Es wurde argumentiert, dass er doch mit Kirchenglocken gleichzusetzen sei, die auch zum Gebet rufen.

Das ist aber falsch. Kirchenglocken sind lediglich akustische Signale, die ohne eine verbale Aussage nur auf einen Gottesdienst hinweisen. Der Muezzinruf hingegen ist das Bekenntnis zu einer Religion, die sich als die einzig wahre versteht und sich damit über alle anderen Religionen erhöht.

Mit den auf arabisch gerufenen Aussagen „Allah ist der Allergrößte“, „Ich bezeuge, dass es keinen Gott außer Allah

gibt und Mohammed der Gesandte Allahs ist“ sowie „Es gibt keinen Gott außer Allah“ werden unmissverständlich alle anderen Religionen abgelehnt. Ihre Götter sind in diesem totalitären Verständnis nicht existent.

Der Islam akzeptiert zwar formal das Christen- und Judentum als Buchreligionen, da er ja auch manche Inhalte von ihnen übernommen hat, vieles davon in veränderter Form. Es wird aber behauptet, dass Christen und Juden ihre Schriften in den entscheidenden Punkten verfälscht hätten. Die letzte und einzig wahre Botschaft Gottes sei der Koran.

Diese Grundüberzeugung wird in den 57 islamischen Staaten auch folgerichtig umgesetzt. In keinem dieser Länder gibt es eine wirkliche Religionsfreiheit. Gläubige anderer Religionen werden bestenfalls geduldet, meist aber unterdrückt, diskriminiert, verfolgt und nicht selten eben auch getötet.

Islam bedeutet Unterwerfung, und zwar unter den Willen des einzig wahren Gottes Allah sowie seinen Befehlen, die im Koran festgehalten sind. Der Muezzinruf ist Ausdruck dieses totalitären Verständnisses und darf im Sinne unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung daher nicht geduldet werden.

Er verstößt auch gegen Artikel 4 des Grundgesetzes, in dem die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses als unverletzlich festgeschrieben sind. Das bedeutet auch die Freiheit, frei von einem Glauben sein zu dürfen, die sogenannte negative Religionsfreiheit.

Dieses Recht kann auch jeder Bürger erfolgreich vor Gericht gegen den Muezzinruf durchsetzen. Die nordrhein-westfälische Stadt Oer-Erkenschwick beispielsweise hatte im Jahr 2014 der türkischen DITIB-Gemeinde den Betrieb eines Lautsprechers genehmigt. Seitdem ertönte der Muezzinruf jeden Freitagmittag. Ein Anwohner klagte dagegen und bekam Ende Januar 2018 vom

[Verwaltungsgericht Gelsenkirchen Recht.](#)

Danach dürfe niemandem ein bestimmter Glaube aufgezwungen werden, was beim Muezzin-Ruf, der inhaltlich einen islamischen Alleinvertretungsanspruch zulasten anderer Religionen geltend mache, aber der Fall sei. Damit war der Muezzinruf von der DITIB-Moschee in Oer-Erkenschwick beendet. Dieser Erfolg vor Gericht kann beispielgebend für jede andere Stadt in Deutschland sein. Es muss nur ein betroffener Anwohner klagen.

Auch die Bürgerbewegung Pax Europa setzt sich entschieden gegen den Muezzinruf ein. [In einem Schreiben](#) an Bürgermeister und Stadträte von Gemeinden, in denen der Muezzinruf ertönt, klärt sie über seine Bedeutung auf und fordert die Mandatsträger auf, diesen umgehend zu unterbinden.

Der Muezzinruf drückt den Herrschaftsanspruch des Politischen Islams aus. Ihm entschieden zu begegnen ist praktizierter Verfassungsschutz und das Recht eines jeden Demokraten und Menschenrechtlers.



Michael
Stürzenberger

[PI-NEWS-Autor Michael Stürzenberger](#) arbeitete als Journalist u.a. für das Bayern Journal, dessen Chef Ralph Burkei beim islamischen Terroranschlag in Mumbai starb. 2003/2004 war er Pressesprecher der CSU München bei der Franz Josef Strauß-

Tochter Monika Hohlmeier und von 2014 bis 2016 Bundesvorsitzender der Partei „Die Freiheit“. Seine fundamentale Kritik am Politischen Islam muss er seit 2013 in vielen Prozessen vor Gericht verteidigen. Unterstützung hierfür ist über diese Bankverbindung möglich: Michael Stürzenberger, IBAN: HU70117753795954288500000000, BIC: OTPVHUHB. Oder [bei Patreon](#).



Ramadan-Ende: 700 Moslems beten auf dem Ikea-Parkplatz in Wetzlar

Von EUGEN PRINZ | Ein Hoch auf das im Grundgesetz festgeschriebene Recht zur ungestörten Religionsausübung und die von der Politik gegenüber dem Islam praktizierte Willkommens- und Vermehrungskultur.

Im Zuge der Corona-Epidemie wurden Kirchen und Moscheen geschlossen, was die Moslems natürlich noch härter traf, als die Christen, war doch deren ungestörte Religionsausübung ausgerechnet im heiligen Fastenmonat Ramadan von den Restriktionen betroffen. Beim christlichen Osterfest war es zwar auch so, aber Ramadan, das ist viieel schlimmer.

Da musste schon eine große Geste her, um die geschundenen Herzen der Anhänger der nach Deutschland importierten Wüsten-

Religion ([0-Ton Bayern-Kurier](#)) zu salben.

Der multinationale Einrichtungskonzern IKEA machte es möglich:

Massengebet auf Möbelmarkt-Parkplatz

700 Moslems aus dem Wetzlarer Stadtgebiet haben am Sonntag das Festtagsgebet nach Ramadan auf dem Parkplatz des schwedischen Möbelhauses abgehalten.

Veranstalter waren der Moscheeverein DITIB, „Zweigstelle“ Wetzlar, der dem türkischen Präsidium für Religionsangelegenheiten untersteht und die früher in der Türkei wegen islamistischer Tendenzen verbotene Islamische Gemeinschaft Millî Görüs (IGMG), ebenfalls „Zweigstelle“ Wetzlar.

Übrigens, die Innenministerien von Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg sehen in der Millî Görüs antisemitische Charakterzüge und unter anderem auch damit eine deutliche Gegnerschaft zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung

Macht ja nix.

Ikea-Marktleiter Detlef Boje sagte jedenfalls auf eine erste Anfrage hin sofort zu, unter der Bedingung, dass das städtische Ordnungsamt und die Polizei die Genehmigung erteilen. Kein Problem – auch von dort kam umgehend grünes Licht.

Wie schön wäre es doch, wenn die Genehmigungen für die „Grundgesetz-Demos“ ebenso ratzfatzt erteilt werden würden. Aber da handelt es sich ja nicht um Anhänger des einzig wahren Glaubens, sondern um Räächte und Verschwörungstheoretiker, die auch noch die Chuzpe besitzen, auf die Einhaltung des Grundgesetzes zu bestehen.

Doch zurück zu den erfreulichen Dingen des Lebens:

Luftbildaufnahme geht um die Welt

Eine von einer Kamera-Drohne gefertigte Luftbildaufnahme von den rund 700 auf dem IKEA Parkplatz betenden Moslems ging um die Welt. In der BBC erschien ein [großer Online-Artikel](#). Darin wird die kanadische Journalistin Carly Agro zitiert, die auf Twitter jubelte:

„Wow! Diese Liebe und Freundlichkeit ist es, was die Welt gerade braucht.“

Auch die US-Nachrichtenseite „Now This“, der auf Twitter rund 2,5 Millionen Accounts folgen, hatte das Video von der Aktion geteilt.

Die globale Gutmenschenpresse feiert zurecht Deutschland als weltoffenes, moslem-freundliches Land und wir alle sonnen uns in diesem Glanz.

Was ist mit Christen in islamischen Ländern?

Wie schön wäre es doch, wenn es den Christen in den moslemischen Ländern auch so gut gehen würde. Das ist jedoch nicht der Fall, im Gegenteil. [Der Tagesspiegel schreibt](#):

Das Christentum ist weltweit die am heftigsten bekämpfte Religion. Etwa 80 Prozent aller Menschen, die wegen ihres Glaubens verfolgt werden, sind Christen.

Christen werden in der muslimischen Welt vielerorts systematisch verfolgt.

Die Repressalien sind je nach islamischen Staat unterschiedlich schwerwiegend. Aber:

In keinem muslimischen Land wird diese Form der Religionsfreiheit gewährt

Religionsfreiheit mit Ablaufdatum?

Wir sind sehr froh, so ein tolerantes, weltoffenes Land zu sein, das den Moslems die Freiheit ihrer Religionsausübung garantiert. Bleibt abzuwarten, ob sie uns das ebenso vergelten, wenn sie in Deutschland die Bevölkerungsmehrheit bilden.



Eugen Prinz
auf dem Freie
Medien-
Kongress in
Berlin.

[Eugen Prinz](#) kommt aus Bayern. Der bürgerlich-konservative Fachbuchautor und Journalist schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für [PI-NEWS](#) und den Blog [zuwanderung.net](#). Dem politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015.

» *Telegram Kanal: Eugen Prinz DIREKT (t.me/epdirekt)*

» *[Twitter Account des Autors](#)*

» *[Spende an den Autor](#)*



Corona: Kirchen und Gewerkschaften haben versagt

Von PROF. DR. EBERHARD HAMER | In den 1950er und 60er Jahren des Wirtschaftswunders nannte Adenauer zwei für die Gesellschaft entscheidende Multiplikationsgruppen: die Kirchen und die Gewerkschaften. Die Kirchen hatten durch die Frage nach dem Lebenssinn vieler Menschen nach dem Kriege eine neue geistige Führung errungen, die sie auch politisch artikulierten. Und die CDU/CSU als „christliche Parteien“ standen nicht nur in engstem Austausch mit den Kirchenvertretern, sondern wollten auch moralisch und sozial das „christliche Abendland“ verteidigen. Die Umgestaltung des christlichen in ein moslemisches Deutschland wäre damals politisch am Widerstand der Kirchen gescheitert.

Inzwischen aber sind beide Kirchen von ihrem Urauftrag der Verkündigung der Botschaft Christi schwerpunktmäßig zu einer Sozialinstitution geworden. Neben nur noch 40.000 Verkündigern beschäftigen und bezahlen die Kirchen heute mehr als eine Million Sozialarbeiter und Sozialfunktionäre. Diese haben in den kirchlichen Gremien das entscheidende Wort. Und da Sozialhilfe nicht mehr freiwillige Nächstenliebe, sondern gesetzlicher Hilfsanspruch mit vom Staat erstatteter Bringschuld ist, ist statt Verkündigung des Wortes Gottes bezahlte Sozialarbeit inzwischen das Hauptgeschäft der Kirchen. Beim Immigrationsgeschäft haben sie Millionen verdient und verdienen sie heute noch. Die Kirche hat damit ihre Glaubensverkündiger durch Sozialtruppen ersetzt, ihre Finanzen saniert, aber an Glauben und an gläubigen Christen verloren. Wenn sich deshalb die Kirche mit der Politik verständigt hat, dass nur noch 15 Gläubige pro Gottesdienst in die Kirchen dürfen, konnte sie dies leicht versprechen, weil ohnehin zu 90 Prozent die Kirchen auch bei freiwilligen Gottesdiensten bisher höchstens 15 Besucher hatten.

Daran liegt es auch, dass sie an moralischem und politischem Einfluss verloren haben und ihre Führer weltlichen Zielen und Ideologien nachlaufen statt biblischen Lebenssinn zu predigen.

Eine ähnliche Entwicklung haben die Gewerkschaften durchgemacht. Mit dem Betriebsratsgesetz kamen sie in allen – vor allem den großen – Betrieben an die Macht und so zum Haupteinfluss auf die Arbeitsplatzgestaltung, in Großbetrieben sogar zum Auswahlrecht über die Beschäftigten und vor allem durch die Betriebsrats- und Aufsichtsratsposten zur Möglichkeit der Vergabe von Spitzeneinkommen. Eine Gewerkschaftskarriere ist heute die leichteste Karriere zu wirtschaftlichen und politischen Führungspositionen mit Spitzeneinkommen, weil die Gewerkschaften durch Betriebsrat und Mitbestimmung das Recht zur Besetzung dieser Positionen in der Wirtschaft und durch ihre Verflechtung mit den sozialistischen Parteien auch das Postenbesetzungsrecht für politische Führungspositionen haben. Beispiel ist der Gewerkschaftler und thüringische Ministerpräsident Bodo Ramelow. Als dieser abgewählt werden sollte, schrie das ganze sozialistische und Gewerkschaftslager empört auf und sorgte dafür, dass nicht ein vom Parlament gewählter, sondern ein Gewerkschaftsfunktionär Ministerpräsident wurde.

Bei dieser inzwischen erreichten tatsächlichen Macht der Gewerkschaften in Wirtschaft und Politik scheint aber die eigentliche Aufgabe der Gewerkschaften ins Hintertreffen geraten zu sein: Die betriebsinterne Verantwortung der Gewerkschaften für menschen- und gesundheitsgerechte Gestaltung der Arbeitsplätze sowie die volkswirtschaftliche Aufgabe der Sicherung dieser Arbeitsplätze.

In beiden Fällen hat die Gewerkschaft in der Corona-Krise gründlich versagt:

1. Für die Gesundheit der Mitarbeiter sind laut unseren Arbeitsgesetzen in erster Linie die Unternehmer und Gewerkschaften im Betrieb verantwortlich. Wenn also

Gesundheitsgefahren drohen, haben vor allem diese beiden Partner dafür zu sorgen, dass die Mitarbeiter gesunde Arbeitsplätze haben.

In Schweden haben die Gewerkschaften dafür gesorgt, dass durch Abstand und Mundschutz Arbeitsplätze ungefährlich blieben, die Betriebe also eine eigenverantwortliche Form der Weiterarbeit fanden und sich die betriebsinterne Verantwortung für die Arbeitsplätze bewährt hat.

In Deutschland dagegen wurde die betriebsinterne Eigenverantwortung von Unternehmern und Gewerkschaften durch zentrale Regierungsmaßnahmen ökonomischer Laienregierungen an sich gezogen, durch Zentralverbote ein Absturz der Wirtschaft herbeigeführt. Die Gewerkschaften haben zu dieser Entmachtung ebenso geschwiegen wie die Arbeitgeber. Beide haben sich ihre Pflicht zu minimalem Eingriff und zur Selbstverantwortung beim Schutz der Mitarbeiter nehmen lassen. Beide haben der nationalen und internationalen Corona-Propaganda-Hysterie nicht widerstanden, sondern haben sich ihr unterworfen mit den Folgen, dass dadurch der größte historische Wirtschaftscrash und Arbeitsplatzverluste eintreten.

Der Corona-Crash hätte nicht sein müssen, wenn die Gewerkschaften darauf bestanden hätten, die Gesundheitsvorsorge der Mitarbeiter in den Betrieben selbst zu regeln und zu verantworten – wie dies ihre Aufgabe gewesen wäre. Dass sie nun einen Wirtschaftsstopp duldeten, wird ihre Rolle in der Gesellschaft langfristig verändern. Während nämlich im Boom Arbeitsplätze reichlich und Arbeiter dafür knapp waren – also die Vertreter der Beschäftigten entsprechend hohe Macht hatten – wird es in der Rezession umgekehrt sein, werden Arbeitsplätze abgebaut, Millionen Arbeitnehmer arbeitslos werden und sind die Vertreter der Arbeitnehmer deshalb gegenüber den Arbeitsplatzanbietern (Unternehmen) in einer schwachen Position.

Die Gewerkschaften werden in den nächsten Jahren nicht mehr

viel zu sagen haben. Sie haben im entscheidenden Augenblick versagt, als es darum ging, Eigenverantwortung in den Betrieben zu übernehmen und selbst zu gestalten und werden dieses Versagen nun über Jahre, vielleicht Jahrzehnte, büßen müssen.

2. Aber auch volkswirtschaftlich haben die Gewerkschaften an Einfluss verloren. Mit Recht haben die englischen und deutschen Gewerkschaften bisher immer das nationale Recht zur Gestaltung der sozialen Bedingungen verteidigt, weil sie für ihre Mitglieder national günstigere Bedingungen erkämpft hatten als in anderen Ländern: hohe Renten, die Pflege, die Gesundheit, die höchsten Löhne (nach Belgien), bevorzugte Gesundheitsversorgung und Gesetze gegen Entlassungen. Dass die Gewerkschaften nun mit der Europäisierung der Mitarbeiterversorgung den Einstieg in das europäische Sozialrecht gemacht haben, wird ihnen noch bitter aufstoßen. Wenn in Deutschland drei Prozent, in Italien, Spanien oder Frankreich aber 30 Prozent der Beschäftigten in Kurzarbeit oder Arbeitslosigkeit sind, findet nun durch die EU die entsprechende Sozialumverteilung zu Gunsten der schwachen Länder und zu Lasten des starken Landes Deutschland statt. Seit die Briten nicht mehr in der EU sind, hat Deutschland auch keine Sperrminorität gegen die Ausbeutung seiner Sozialsysteme durch die Mittelmeerländer mit Hilfe der „Sozialharmonisierung“, also der Sozialunion, mehr.

Erster Erfolg der Euro-Sozialharmonisierung des Kurzarbeitergeldes: Deutschland zahlt mehr als ein Viertel der von der EU verteilten eine Billion Kurzarbeitergelder. Wo es dies bisher nicht gab, bekommen die Mitarbeiter 80 Prozent, in Deutschland selbst nur 60 Prozent davon. Wiederum werden die deutschen Leistungsträger über die EU für das Ausland ausgebeutet.

Und wenn sich die Gewerkschaften betriebsintern für das Wohlergehen ihrer Mitglieder nicht mehr zuständig fühlen und betriebsextern durch „Europa-Harmonisierung“ an Einfluss

verlieren, werden sie dieses Terrain in den nächsten Jahren der Rezessionsphase keinesfalls wiedergewinnen, sondern eher noch weiter verlieren.

Die Leidtragenden davon sind nicht die Gewerkschaftsfunktionäre, die Unternehmensführungen und die Politik, sondern die Gewerkschaftsmitglieder, die die Gewerkschaften vor der Ausbeutung durch Europa und vor Gefahren in den Betrieben schützen sollten, aber nicht wollten.



Prof. Eberhard Hamer.

PI
-
NE
WS
-
Au
to
r
Pr
of
.
Dr
.
Eb
er
ha
rd
Ha
me
r
*(**
15
.
Au

gu
st
19
32
in
Me
tt
ma
nn
)
is
t
ei
n
de
ut
sc
he
r
Ök
on
om
. Se
in
Sc
hw
er
pu
nk
t
is
t
di
e
Mi
tt

el
st
an
ds
ök
on
om
ie
. In
de
n
19
70
er
Ja
hr
en
gr
ün
de
te
er
da
s
pr
iv
at
ge
fü
hr
te
Mi
tt
el
st
an

ds
in
st
it
ut
Ni
ed
er
sa
ch
se
n
in
Ha
nn
ov
er
un
d
ve
rö
ff
en
tl
ic
ht
e
üb
er
20
Bü
ch
er
zu
m
Th
em

a
Mi
tt
el
st
an
d.
Ha
me
r
er
hi
el
t
19
86
da
s
Ve
rd
ie
ns
tk
re
uz
am
Ba
nd
e
de
s
Ve
rd
ie
ns
to
rd

en
s
de
r
Bu
nd
es
re
pu
bl
ik
De
ut
sc
hl
an
d.
Se
in
e
Ko
lu
mn
e
er
sc
he
in
t
ei
nm
al
wö
ch
en
tl
ic



Pastor Tschardtke in Corona-Predigt: „Verbrecherbande von Politikern“

Von EUGEN PRINZ | Viele Leser werden sich noch an Jakob Tschardtke, Pastor der Evangelischen Freikirche Riedlingen, erinnern. Im Jahr 2015 geißelte er in einer Predigt mit scharfen Worten die Flüchtlingspolitik der Bundeskanzlerin und wurde dadurch über Nacht bundesweit bekannt.

Nun, anlässlich der Corona-Krise, hat er erneut seine Stimme erhoben und im Rahmen eines Gottesdienstes eine Predigt mit dem Titel „Wie gehen wir als Christen mit dem Coronawahnsinn um?“ gehalten.

In ihr lieferte Tschardtke seiner Kirchengemeinde eine umfangreiche, leicht verständliche und fundierte Analyse der

Corona-Krise und ihrer Folgen, die sich mit dem deckt, was der Verfasser bisher auf PI-NEWS veröffentlicht hat.

Für ein Mitglied der katholischen Kirche, wie dem Autor dieses Beitrags, ist diese Form von Predigt etwas ungewöhnlich, aber wesentlich erhellender als die Textbausteine der katholischen Priester. Daher ist es kein Wunder, wenn immer mehr Christen den beiden großen Amtskirchen den Rücken kehren und sich einer Freikirche anschließen.

Kein Druckmittel vorhanden

Jakob Tscharntke ist als Pastor einer Freikirche kaum angreifbar. Er wird nicht aus Steuermitteln bezahlt, hat keine Vorgesetzten und seine Predigten sind von der Religionsfreiheit gedeckt. Deshalb braucht er kein Blatt vor dem Mund zu nehmen und kann das verkünden, was er als Wahrheit erkennt.

Hier einige Zitate aus seiner Predigt:

„Wie brutal werden wir von den Herrschenden verarscht, man kann es nicht anders sagen“.

(Min. 34:00)

„(...) haben Merkel und Co., die Willkürherrscher in Berlin, den irrsinnigen Lockdown verfügt“

(Min. 37:00)

„(...) Ohne jede sachliche Begründbarkeit wird unser Land und werden zahllose Existenzen von den Herrschenden um Merkel, Spahn, Söder und Co. zugrunde gerichtet. Alles was hier an Schaden angerichtet wird, geht auf die Rechnung, auf die Verantwortung, dieser Leute.“

(Min. 38:00)

„Wenn ich das deutsche Volk wäre, (...) dann würde ich diese Verbrecherbande von Politikern, die das verbochen haben, schleunigst dahin jagen, wo der Pfeffer wächst, oder noch besser, samt und sonders hinter Schloss und Riegel bringen, wo sie meines Erachtens hingehören.“

(Min. 38:20)

Und nun kommt das Beste, ein Rat, den wir uns alle zu Herzen nehmen sollten:

„Ich sage schon seit langem, liebe Geschwister, ganz großer Rat: Wenn ihr das Gegenteil dessen glaubt, was Politiker und Medien euch erzählen, dürftet ihr der Wahrheit näher kommen, als andersrum.“

(Min. 41:50)

Und abschließend noch die verstörende, aber durchaus richtige Voraussage:

„Ich wage die Prognose, heute Morgen sitzen hier wenige, die in ein- bis zwei Jahren nicht gemerkt haben, dass auch sie ganz brutal, vielleicht Existenz gefährdend, von diesen Entwicklungen betroffen sind.“

(Min. 1:02:00)

All diese Aussagen muss man vor dem Hintergrund sehen, dass sich Pastor Tscharntke als Christ der Wahrheit und als Seelsorger seiner Gemeinde verpflichtet sieht. Tscharntke trifft diese Aussagen sicherlich nicht leichtfertig.



Interview mit Pastor Tschardtke

Pastor Tschardtke hat sich freundlicherweise bereit erklärt, PI-NEWS ein Interview zu geben.

PI-NEWS: Herr Tschardtke, gibt es in Ihrer Gemeinde Mitglieder, die aufgrund der Berichterstattung der Mainstream-Medien über das Coronavirus sehr verunsichert oder ängstlich sind? Wie haben diese auf Ihre Predigt „Wie gehen wir mit dem Corona-Wahnsinn um“ reagiert?

Pastor Tschardtke: *Im Detail weiß ich das gar nicht so genau, da ich bedingt durch den Coronawahnsinn meine Gemeindeglieder die letzten Wochen so gut wie nicht gesehen habe. Insgesamt scheinen unsere Gemeindeglieder, gefestigt durch das Vertrauen auf den lebendigen Gott und eine Verkündigung, die hoffentlich hilfreiche Orientierung bietet, der Panikmache nicht ganz so aufgesessen zu sein wie manch andere Zeitgenossen. Ich erinnere mich an keine kritischen Stimmen bezüglich der Predigt über den Coronawahnsinn aus unserer Gemeinde. Wobei ich nicht ausschließen kann, daß auch in unserer Gemeinde einzelne sind, die lieber nicht durch klare Hinweise auf erschreckende Vorgänge in unserem Volk aus ihrer beschaulichen*

Befindlichkeit aufgeschreckt werden.

PI-NEWS: Unsere Gesellschaft ist inzwischen leider – auch was Corona betrifft – gespalten. Jenen, die sich von dem Virus nicht einschüchtern lassen, schlägt nicht selten offene Ablehnung der Ängstlichen entgegen. Mussten Sie auch schon derartige Erfahrungen machen? Wie begegnen Sie dem?

Pastor Tsharntke: *Dieser Spaltung unserer Gesellschaft begegne ich schon seit dem Zuwanderungswahnsinn, der im Jahr 2015 ja einen Höhepunkt anstrebte, bis tief in die christlichen Gemeinden hinein. Ich denke, es ist nicht nur die Ablehnung der „Ängstlichen“. Es ist eine extrem tiefe Spaltung zwischen denen, die der Volksverdummung durch Politik, Medien und Kirchen aufsitzen und deshalb die Politik der Herrschenden für gut und richtig halten und denen, welche begreifen, was hier wirklich abgeht. Ängstlichkeit spielt dann sicher mit eine Rolle. Der Mitmensch wird als möglicher Vireenträger als potentielle Bedrohung meiner Gesundheit und meines Lebens wahrgenommen. Ich persönlich nehme das als abgrundtief satanisches Geschehen wahr, wie hier Menschen regelrecht innerlich gegeneinander aufgehetzt und in Stellung gebracht werden. Begegnen kann ich dem vor allem durch Gebet und Information.*

PI-NEWS: Gab es eine Reaktion seitens der Mainstream-Medien oder der Behörden auf Ihre Predigt, die auf YouTube schon weit über 100.000 Mal angeklickt wurde?

Pastor Tsharntke: *Die für mich bisher einzig wahrnehmbare Reaktion besteht in der fortlaufenden Löschung der Predigt auf YouTube. Nachdem ich heute bei YouTube Beschwerde gegen die gestrige Löschung eingelegt hatte, war die Predigt kurze Zeit später wieder für rund ein bis zwei Stunden verfügbar um dann erneut gelöscht zu werden. Auf dem anderen Kanal, auf dem die Predigt nach meinen Informationen bereits um die 160 000 Aufrufe hatte, ist es mittlerweile auch gelöscht. Mit dem Recht auf freie Meinungsäußerung und auch der freien*

christlichen Verkündigung scheint es im Land von Merkel und Co. nicht mehr weit her zu sein. Was der Meinung der Herrschenden nicht entspricht, wird zunehmend gnadenlos gelöscht.

PI-NEWS: Wie sehen Sie diese Maßnahme?

Pastor Tschardtke: *Die Löschorgien halte ich persönlich für absolut totalitäre und vermutlich zutiefst grundgesetzwidrige Maßnahmen. Es kann und darf in einem demokratischen Rechtsstaat meines Erachtens solche Vorgänge nicht geben. Aber dieses System scheint mir spätestens seit dem Coronawahnsinn mehr oder weniger komplett außer Rand und Band geraten zu sein.*

PI-NEWS: Haben Sie Empfehlungen an Ihre Gemeinde, wie man sich als Christ in einem Land verhalten soll, dessen Politik sich zunehmend gegen das eigene Staatsvolk richtet?

Pastor Tschardtke: *Unsere erste Aufgabe als Christen ist es, für unser Volk und Vaterland zu beten. Ich rate auch, für die Regierung zu beten. Im Blick auf die derzeit Herrschenden vor allem mit der Bitte des Vaterunsers: „und erlöse uns von dem Bösen“. Dann haben wir als Christen die wichtige Aufgabe, unser Volk zur Umkehr zum lebendigen Gott aufzurufen. Denn die derzeitigen Mißstände sehe ich unzweifelhaft als Gericht Gottes über ein gottlos gewordenes Volk. Ein Volk hat die Regierung, die es verdient. Dazu habe ich selbst schon im Herbst 2015 eine Gebetsinitiative gestartet, die ich auf der Seite unseres Netzwerks bibeltreuer Christen jede Woche aktualisiere. Wir können uns mit noch so vielen menschlich und politisch gut gemeinten und gut gemachten Aktionen um die Behebung der Mißstände bemühen. Solange unser Volk sich nicht wieder dem allmächtigen Gott und Vater unseres Herrn Jesus Christus zuwendet, wird es nicht unter seinem Segen leben und der Herrschaft des Bösen nicht entrinnen. Darauf hinzuweisen ist meine wichtigste Empfehlung auch an meine Gemeinde.*

PI-NEWS: Herr Tscharntke, herzlichen Dank, dass Sie sich die Zeit genommen haben.

Anmerkung:

Wie im Interview bereits erwähnt, wurde das Video der Predigt von Pastor Jakob Tscharntke über 160.000 Mal angeklickt, bevor es YouTube wegen eines angeblichen Verstoßes gegen die Community-Richtlinien gelöscht hat. Da es auch von anderen Usern hochgeladen wurde, ist es derzeit wieder auf YouTube verfügbar, jedenfalls solange, bis der nächste Denunziant es meldet. Wir haben hier am Ende des Beitrags zur Sicherheit noch eine Vimeo – Fassung eingebettet. Es kratzt uns also nicht, wenn YouTube das Beitragsvideo löschen sollte.

Diese Zensur-Plattform sollte aufpassen, dass aus den „YouTubern“ nicht irgendwann mal alle „Vimeos“ werden, wenn die Löscherei so weitergeht.



Eugen Prinz
auf dem Freie
Medien-
Kongress in
Berlin.

[Eugen Prinz](#) kommt aus Bayern. Der bürgerlich-konservative Fachbuchautor und Journalist schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für [PI-NEWS](#) und den Blog [zuwanderung.net](#). Dem politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die

chaotische Massenzuwanderung, seit 2015.

»Telegram Kanal: Eugen Prinz DIREKT (t.me/epdirekt)

» [Twitter Account des Autors](#)

» [Spende an den Autor](#)



Islamische Terrorbedrohung im Schatten von Corona

Von STEFAN SCHUBERT | Während die Mainstream-Medien ihre ganze Akribie darauf konzentrieren, Demonstranten für Grundrechte pauschal zu stigmatisieren, schweigen sie zur aktuellen Terrorserie durch radikale Islamisten. In Newslettern des Islamischen Staats haben zudem Geheimdienste jüngste Terroraufrufe entdeckt, die gezielt auffordern, die herrschende Unsicherheit der Corona-Krise für Anschläge auszunutzen.

Verschwörungstheoretiker jeglicher Couleur – also laut den Qualitätsjournalisten jedermann, der sich im Bezug zum Coronavirus eine individuelle Meinung gebildet hat, die den Vorgaben der Bundesregierung oder der WHO widersprechen – sind das neue Feindbild Nummer 1 der staatstragenden Journalisten.

Bei dieser systemtreuen Berufsauffassung verwundert es nicht, dass selbst nach einer islamischen Terrorserie wie in Bayern das Thema lediglich kurz abgearbeitet und sogleich als

»Einzelfall« abgeheftet wurde. Doch was ist mit der Frage nach dem Motiv, dem Warum? Woher stammt der islamische Hass? Wer unterstützt und verbreitet diesen Hass auf »Ungläubige«, auf Christen, auf Juden, auf Frauen und allgemein auf westliche Lebensgewohnheiten? Diesen Fragen über das Sicherheitsrisiko Islam verweigern sich die medialen wie auch die politischen Eliten seit Jahren, unter anderem [aus Gründen der politischen Korrektheit](#). Ein Blick auf die aktuelle Sicherheitslage dokumentiert die hohe Torgefahr durch islamistischen Terrorismus.

Laut dem Bundesamt für Verfassungsschutz halten sich zurzeit 2080 Personen in Deutschland auf, denen die Behörde ein »islamistisch-terroristisches Potenzial« attestiert. Jeder dieser 2080 Männer – der Frauenanteil dürfte wohl im Promillebereich liegen – ist laut den Sicherheitsbehörden ein potenzieller Terrorist, der jederzeit unter »Allahu Akbar«-Rufen Bürger niedermetzeln könnte. Die Dunkelziffer dürfte um ein Vielfaches höher liegen.

Schlagkräftige Sonderkommissionen und ein behördenübergreifender Plan und Zusammenarbeit, um wenigstens die ausländischen Islam-Terroristen sofort in Abschiebehaft zu nehmen und die Abschiebung dann konsequent durchzusetzen, existieren, wenn überhaupt, nur auf dem Papier. So verwundert es auch nicht, dass die salafistische Szene, aus der die meisten Islam-Terroristen in Westeuropa stammen, in Deutschland Jahr für Jahr nahezu ungehindert anwächst. Der salafistischen Szene werden demnach 12.150 Personen zugerechnet, 1350 (potenzielle Terroristen) mehr als noch im Jahr 2018. Auch hier lässt die tatsächliche Anzahl ein weitaus höheres Terrorpotenzial befürchten.

Der Kampf gegen den radikal-terroristischen Islam beschränkt sich bei der Bundesregierung mehrheitlich jedoch auf eine reine Symbolpolitik für die eigene Bevölkerung. Diese Hintergründe sind in dem Artikel [»Hisbollah-\(Teil\)-Verbot wird in der Praxis folgenlos bleiben«](#) dargelegt worden.

Die Hisbollah wird künftig einfach konspirativer agieren, ein Verhalten, das bei der Terrormiliz Islamischer Staat genauso wie bei al-Qaida nach deren militärischen Niederlagen zu beobachten ist.



Im Flüchtlingsstrom sind in vierstelliger Größenordnung unkontrolliert IS-Terroristen mit eingewandert, die täglich über soziale Netzwerke, auf YouTube und in radikalen Moscheen aufgehetzt werden, nun endlich Terroranschläge in Deutschland zu begehen. Von den über 1000 Islamisten, die Deutschland in Richtung IS-Gebiet verlassen haben, um sich der Terrormiliz anzuschließen, befindet sich erst etwa ein Drittel wieder hier. Hunderte IS-Terroristen mit deutscher Staatsangehörigkeit oder Aufenthaltstitel befinden sich zurzeit in Syrien oder im Irak in Haft und fordern ihre Freilassung und ihre Rückkehr nach Deutschland. Auch Tausende weitere IS-Terroristen, beispielsweise aus den Maghreb-Staaten, denen dort lebenslange Haft, Folter oder die Todesstrafe drohen, werden Deutschlands bis zur Unkenntlichkeit missbrauchtes Asylrecht ausnutzen, um dauerhaft nach Deutschland umzusiedeln. Gegenwehr aus Politik und Medien haben diese Kriegsverbrecher kaum zu erwarten.

Wie stark der IS mittlerweile in Deutschland vertreten ist

musste die Öffentlichkeit erst wieder im April erfahren. Schwerebewaffnete Spezialeinsatzkommandos stürmten in den frühen Morgenstunden zehn Wohnungen und Objekte in NRW.

Fünf Islamisten aus Tadschikistan wird von der Bundesanwaltschaft vorgeworfen sich 2019 dem IS angeschlossen und eine Zelle gegründet zu haben, um in Deutschland Terroranschläge zu begehen. Auch weitere Hintergründe zu dem Fall sind sehr beunruhigend, da die Zelle in direktem Kontakt mit Terrorplanern des IS stand. Die Bundesanwaltschaft dazu in einer Pressemitteilung: »Sie standen dabei – wie bereits zuvor – in Kontakt mit zwei hochrangigen IS-Führungsmitgliedern in Syrien und Afghanistan, von denen sie entsprechende Anweisungen erhielten.«

Dies ist ein Modus Operandi, der auch bei dem salafistischen IS-Terroristen [Anis Amri vom Berliner Breitscheidplatz](#) vorlag.

Die fünfköpfige IS-Zelle aus NRW verfügte bereits über scharfe Schusswaffen mit entsprechender Munition und war dabei, Bomben herzustellen. Auch die Tatvorbereitungen waren weit fortgeschritten. Die Terroristen planten ein Attentat auf einen bereits ausgespähten Islamkritiker und Anschläge auf Einrichtungen von US-Streitkräften in Deutschland.

In Bayern verübte im April und Mai der mehrfach polizeibekannt türkischstämmige Muharrem D. eine Terrorserie auf Ladenlokale von Türkischstämmigen. Beim Verhör bekannte sich Muharrem D. zum Islamischen Staat und zu dessen Ideologie. Der IS-Terrorist führte bei seiner Festnahme bis zu acht selbstgebaute und als hochgefährlich eingestufte Rohrbomben mit. Ferner verriet er im Verhör weitere Verstecke von Sprengstoff, Rohrbomben und einer scharfen Schusswaffe. Der Auslöser der Terrorserie soll in dem Vorgehen türkischer Sicherheitsbehörden gegen IS-Zellen in der Türkei liegen.

Das Feuer eines Brandanschlags drohte sich auch auf ein Mehrfamilienhaus auszuweiten, sodass der Tatvorwurf unter

anderem auf Mordversuch in 27 Fällen lautet.

Muharrem D. ist kurdischer Abstammung und besitzt einen türkischen und einen deutschen Pass. Nach den manipulativen Vorgaben der Polizeistatistik werden die bayerischen IS-Terroranschläge des Doppelpässlers einzig als Straftatenserie eines Deutschen in die Statistik eingehen. Da laut Behörden das Motiv der Terrorserie mit »Hass gegen Türken« angegeben wurde, wäre es nicht verwunderlich, wenn die Terroranschläge als rechtsextreme Anschläge gegen Ausländer verbucht und fortan im »Kampf gegen Rechts« missbraucht werden.

Der IS verbreitet Terrorpropaganda in Form von Verschwörungstheorien zum Coronavirus

Während der aufmüpfige Bürger aktuell nicht mehr als Rechtspopulist diffamiert wird, sondern als Corona-Leugner und Verschwörungstheoretiker, ist der Blick auf die islamische Instrumentalisierung der Corona-Krise sehr demaskierend, insbesondere hinsichtlich der Arbeitsweise deutscher Medien.

Homeland Security Today berichtet, dass »die neueste Ausgabe des offiziellen wöchentlichen *al-Naba-Newsletters* der Terrorgruppe ISIS [eine ganzseitige Infografik](#) mit islamischen Zitaten zur Prävention von Epidemien enthielt«.

Weiterhin verbreitet der IS in dem Newsletter, dass »viele Muslime sich bestätigt sehen, dass die Corona-Epidemie eine Strafe Gottes des Allmächtigen ist«. Annelies Pauwels vom *EUObserver* verweist in einer Analyse auf die Ausnutzung des Coronavirus durch die islamistisch-terroristische Propaganda des IS: »Dschihadistische Gruppen haben in der Coronavirus-Pandemie ein Zeichen dafür gesehen, dass sich die Welt dem Tag des Jüngsten



Gerichts nähert. In der Vergangenheit diente eine ähnliche Schilderung des Jüngsten Gerichts als wichtiges Rekrutierungsfeld für ausländische Kämpfer, die in den letzten Schlachten der Apokalypse mit Daesh (IS) kämpfen sollten.«

Demzufolge wird vom IS – auch in Deutschland – eine islamistisch-terroristische Verschwörungstheorie verbreitet, um deren Anhänger zu Terroranschlägen aufzustacheln. Diese Seite der Medaille journalistisch zu benennen verweigern sich jedoch nahezu alle deutschen Mainstream-Medien.

Bestellinformationen:

» Stefan Schubert: [Sicherheitsrisiko Islam](#), 318 Seiten, 22,99 Euro – [hier](#) bestellen!

» Greilich: [Einbruchschutz & Heimverteidigung](#), 205 Seiten, 16,99 Euro – [hier](#) bestellen!

(Dieser Beitrag ist zuerst bei [KOPP Report](#) erschienen).



Chebli klagt lieber gegen Tim Kellner als BPE-Fragen zu

beantworten

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Seit Ende April verschickt die Bürgerbewegung Pax Europa (BPE) Briefe mit einem Fragenkatalog an bekannte moslemische Politiker in Deutschland, damit sie ihre Ablehnung des Politischen Islams erklären können. Es ist unerlässlich, dass alle politischen Amts- und Mandatsträger, die sich zum Islam bekennen, die strikte Trennung von Politik und Religion bestätigen. Zudem bekunden, inwieweit Wesen und Ziele des Islams ihr politisches Handeln beeinflussen.

Sobald sich ein Moslem in der Ausübung seiner politischen Tätigkeit dem politischen Machtanspruch des Islams verpflichtet fühlt, haben bei allen Demokraten, Menschenrechtlern und Verfassungsschützern die Alarmglocken zu schrillen. „Wehret den Anfängen!“ muss es gegenüber dem Handeln und Wirken von Politikern lauten, die dem Politischen Islam anhängen und daran arbeiten, die Scharia in Deutschland schrittweise durchzusetzen. Die damit das letztendliche Ziel verfolgen, die freiheitliche demokratische Grundordnung abzuschaffen und Deutschland in eine islamische Diktatur zu verwandeln, in der das Gesetz Allahs über allen von Menschen geschaffenen Gesetzen herrscht.

Neben den Bundestagsabgeordneten Aydan Özuguz (SPD), Sevim Dagdelen (Die Linke), Cem Özdemir und Ekin Deligöz, dem Hannoveraner Oberbürgermeister Belit Onay und der Baden-Württembergischen Landtagspräsidentin Muhterem Aras (alle Die Grünen) bekam auch die Berliner Staatssekretärin für ~~Dingsbums~~ „Bürgerschaftliches Engagement und Internationales“, Sawsan Chebli (SPD), einen solchen Fragenkatalog.

Die Antwort blieb sie bis heute schuldig. Kein Wunder, muss sie doch wöchentlich [bis zu 30 Strafanträge](#) wegen vermeintlicher „Beleidigung“ und angeblichem „Rassismus“ stellen, permanent belanglose [Twitter-Meldungen](#) hinausblasen und nebenbei auch noch Unterlassungsklagen verschicken.

Eine davon gegen den früheren Polizisten und jetzigen YouTube-Publizisten Tim Kellner. Zuvor hatte sie ihn schon vor Gericht gezerrt, da sie seine Bezeichnungen „Islamische Sprechpuppe“ und „Quotenmigrantin der SPD“ als „Beleidigung“ empfunden hatte. Vor dem Berliner Amtsgericht [verlor sie](#), weswegen die palästinensisch-stämmige jetzt offensichtlich Rache schwor. Ihr passt es nicht, dass Kellner in seinem Webshop Artikel anbietet, auf denen ihr Konterfei und ihr Name satirisch verwendet wird, beispielsweise in der Wortschöpfung „Cheblims“, als Kombination ihres Nachnamens mit dem englischen Wort für „Opfer“.

Kellner musste nun eine Unterlassungserklärung unterzeichnen (hier [sein Video-Kommentar](#) dazu), was Chebli bis jetzt in drei Twitter-Meldungen stolz herausposaunt. Da ist noch Luft nach oben, denn bisher haben mit dem [Tagesspiegel](#), der [Berliner Zeitung](#) und [RTL](#) nur drei Medien darüber berichtet.

Angesichts solch „wichtiger“ Aktivitäten scheint Chebli für die Beantwortung von Fragen zum Politischen Islam keine Zeit mehr zu bleiben. Da dessen Verbot aber mittelfristig für die Sicherheit unseres Landes die bedeutendste gesellschaftspolitische Herausforderung sein dürfte, werden diese Fragen weiter öffentlich gemacht, bis die ~~islamische Sprechpuppe~~ palästinensisch-stämmige Moslemin antwortet:

– *Steht für Sie das deutsche Grundgesetz über dem Koran oder umgekehrt?*

– *Bekennen Sie sich zur Trennung von Staat und Religion oder zur unzertrennlichen Einheit aus Staat und Islam auf der Grundlage der Scharia?*

– *Bekennen Sie sich zur Menschenrechtserklärung der UN-Charta aus dem Jahr 1948 oder zur Kairoer Menschenrechtserklärung aus dem Jahr 1990, welche die universellen Menschenrechte unter den Vorbehalt der Scharia stellt?*

– *Bekennen Sie sich zum Demokratie- und Rechtsstaatsprinzip*

oder sprechen Sie sich für Sonderrechte für Moslems und für eine islamische Paralleljustiz auf der Grundlage der Scharia in Deutschland aus?

– Bekennen Sie sich zur grundgesetzlich garantierten Meinungsfreiheit und erklären dem dem Politischen Islam innewohnenden Kritikverbot am Islam, insbesondere an dessen Begründer Mohammed, eine klare Absage?

– Bekennen Sie sich zur Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit des deutschen Grundgesetzes und erteilen dem dem Politischen Islam innewohnenden Verbot, den Islam zu verlassen, eine klare Absage?

– Welche Bedeutungskraft besitzt der Inhalt des Korans für Sie? Betrachten Sie den Koran als direktes Wort Allahs, das unfehlbar ist, nicht hinterfragt werden darf und allzeit Gültigkeit besitzt? Besitzen die im Koran enthaltenen Aussagen und Gebote für Sie weltliche Gesetzgültigkeit?

– Erteilen Sie den Koranversen, die zur Gewaltanwendung und zum Töten von Menschen aufrufen, eine klare Absage? Wenn ja: In wieweit haben Sie dies glaubhaft unter Beweis gestellt?

– Erteilen Sie dem islamischen Recht, der Scharia, d.h. der Herabwürdigung und Diskriminierung von Nichtmoslems, der Ungleichbehandlung von Mann und Frau, den Körperstrafen bei Verstößen gegen die islamischen Verhaltensvorschriften etc. eine klare Absage?

– Sprechen Sie sich für den Bau und die Einrichtung von Moscheen und Koranschulen in Deutschland aus, in denen der Politische Islam Lehre und Verbreitung findet?

– Sprechen Sie sich für den weiteren Betrieb von Moscheen und Koranschulen in Deutschland aus, in denen der Politische Islam gelehrt und propagiert wird?

– Erteilen Sie der dem Politischen Islam innewohnenden

Christen- und Judenfeindlichkeit eine klare Absage?

– Erteilen Sie der dem Politischen Islam innewohnenden Homosexuellenfeindlichkeit eine klare Absage?

– Gehören Sie einem Islamverband oder einer islamischen Organisation an, die den Politischen Islam vertritt und im Namen des islamischen Weltherrschaftsanspruchs daran arbeitet, die Scharia in Deutschland durchzusetzen?

– Vertreten Sie in der Ausübung Ihres politischen Amtes die Interessen der deutschen Bevölkerung und der Bewahrung von Demokratie und Menschenrechten oder vertreten Sie die Interessen der Umma im Sinne der Scharia und des islamischen Weltherrschaftsanspruchs?

– Haben für Sie die von den weltweit vier einflussreichen islamischen Rechtsschulen ausgesprochenen Fatwas politische Bedeutungskraft?

– Treffen Sie Maßnahmen zur Begegnung islamisch motivierter Gewalt in Deutschland?

– Treffen Sie Maßnahmen zur Begegnung von grundgesetzwidrigen und verfassungsfeindlichen Islamisierungsprozessen in Deutschland?

– Bekennen Sie sich zum Existenzrecht des Staates Israel?

– Erkennen Sie den Völkermord an den Armeniern an?

– Haben Sie sich in der Vergangenheit an Demonstrationen beteiligt, die von islamischen Terrororganisationen oder solchen nahestehenden Gruppierungen durchgeführt oder unterstützt wurden?

– Unterstützen Sie die Politik des amtierenden türkischen Präsidenten Erdogan, der ein erklärter Anhänger der Scharia ist, im syrischen Bürgerkrieg Jihadisten unterstützt und daran arbeitet, die Türkei in einen islamischen Staat zu

führen?

Noch scheinen moslemische Politiker wie Chebli offensichtlich der Überzeugung zu sein, diese eminent wichtigen Fragen ignorieren zu können. Es werden aber Zeiten kommen, in denen sie sich öffentlich zum Grundgesetz bekennen und ihre Ablehnung der Scharia sowie des Politischen Islams insgesamt erklären müssen. Falls sie das aus ihrer inneren Verpflichtung als gläubige Moslems nicht leisten können, werden sie in unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung keine politischen Ämter ausfüllen können.

Sobald auch bei deutschen Regierungsverantwortlichen die Erkenntnis gereift ist, dass der Politische Islam eine existentielle Bedrohung unserer Freiheit darstellt, so wie es die letzte österreichische Regierung bereits begriffen hatte, wird eine neue Zeitrechnung beginnen, die das Ende des Politischen Islams einleiten wird. Mit dem säkularen, rein spirituellen Rest des Gesamtkonstruktes Islam wird es dann keine Probleme mehr geben.



Michael
Stürzenberger

[PI-NEWS-Autor Michael Stürzenberger](#) arbeitete als Journalist u.a. für das Bayern Journal, dessen Chef Ralph Burkei beim islamischen Terroranschlag in Mumbai starb. 2003/2004 war er

Pressesprecher der CSU München bei der Franz Josef Strauß-Tochter Monika Hohlmeier und von 2014 bis 2016 Bundesvorsitzender der Partei „Die Freiheit“. Seine fundamentale Kritik am Politischen Islam muss er seit 2013 in vielen Prozessen vor Gericht verteidigen. Unterstützung hierfür ist über diese Bankverbindung möglich: Michael Stürzenberger, IBAN: HU70117753795954288500000000, BIC: OTPVHUHB. Oder [bei Patreon](#).



Wer kriegt das Geld aus „Burj Khalifa“?

Fast hatte man den Eindruck, dass Christian Sievers am Ende der [heute-Nachrichten](#) vom Dienstag feuchte Augen bekam, als er die Aktion des höchsten Gebäudes der Welt, des Burj Khalifa in Dubai, ansprach.

Dort konnte man ein LED-Lämpchen anzünden, gegen eine Spende, und das höchste Gebäude zeigte so illuminiert die wachenden Gelder an, die da aus aller Welt eingingen für – für wen? „Für arme Menschen in der Corona-Krise“, sagt Sievers vom ZDF. Hört sich gut an. Geht es genauer? Für wen genau ist das Geld?

Das sagte das ZDF nicht und auch die [FAQ der Homepage](#) der Aktion verweisen nur darauf, dass die Aktion Teil der Zehn-Millionen-Mahlzeiten-Aktion des Herrschers von Dubai ist, die

Betroffenen der Corona-Krise helfen soll:

Part of the '10 million meals' campaign' launched by His Highness Sheikh Mohammed bin Rashid Al Maktoum, Vice President and Prime Minister of the UAE and Ruler of Dubai.

Als solche nun ist sie Teil einer weltweit [im Ramadan abgehaltenen Spendenaktion](#), die sich erst einmal gar nicht so schlecht anhört:

In the spirit of the holy month of Ramadan, which is expected to begin on Thursday April 24, HH Sheikh Mohammed bin Rashid Al Maktoum, Vice President of UAE and ruler of Dubai, has launched a new giving initiative – called '10 Million Meals'. The campaign calls on residents to donate what they can to offer people in need a meal or food parcel. 10 Million Meals particularly seeks to help families and communities affected by the ongoing coronavirus pandemic.

(Im Geiste des heiligen Monats Ramadan, der am 24. April stattfinden wird, hat Seine Hoheit Sheikh Mohammed bin [usw., s.o.] eine neue Spendenaktion ins Leben gerufen – genannt „10 Millionen Mahlzeiten“. Die Aktion ruft die Bürger dazu auf, zu spenden, was sie können, um Einwohnern in Not eine Mahlzeit oder ein Essenspaket zu bieten. 10 Millionen Mahlzeiten werden Familien und Kommunen helfen, die durch die weiterhin bestehende Corona-Pandemie betroffen sind.)

Allerdings muss man hier darauf hinweisen, dass durch Ramadan-Spenden in aller Regel bedürftige Moslems versorgt werden und gerade keine „Ungläubigen“ wie Juden, Christen, Atheisten usw., Corona hin oder her. Sollten wir uns hier irren oder etwas übersehen haben, mögen Moscheegemeinden uns das gerne schreiben.

Im konkreten Fall der [vom ZDF hochgelobten](#) Spendenaktion („um armen Menschen in der Corona-Krise zu helfen“) allerdings ist es tatsächlich so, dass die Mahlzeiten nicht nach Bolivien, nach Myanmar oder nach Ghana gehen. Sie finden nicht den Weg

in die Armenviertel von Buenos Aires oder zu den Hungernden in Zimbabwes Hauptstadt Harare oder zu obdachlosen deutschen Flaschensammlern in Berlin.

Die Show mit dem teuren und protzigen Wolkenkratzer als größte Spendensammelbüchse der Welt dient dazu "Zehn Millionen Mahlzeiten" oder Essenspakete an Kommunen zu übergeben, die vom Corona-Ausbruch **in den Vereinigten Arabischen Emiraten** betroffen sind, wie der komische Sheikh im Kleingedruckten [auf Twitter](#) bekannt gibt:

Today, we launched a humanitarian campaign to provide 10 million meals or food parcels to communities affected by the coronavirus outbreak in the UAE. Sheikha Hind bint Maktoum is the best person to lead this campaign during the Holy Month of Ramadan. pic.twitter.com/hkRQv4btV1

– HH Sheikh Mohammed (@HHShkMohd) [April 19, 2020](#)

Das kann man dazu sagen, wenn man gefühlsduselig über die größte Spendenbüchse der Welt berichtet, oder man lässt es weg, dass hier ausschließlich von Corona betroffene Moslems in den Vereinigten Arabischen Emiraten versorgt werden. Das ZDF lässt das lieber weg.



Corona-Erklärung der katholischen Traditionalisten im Wortlaut

Die [gemeinsame Erklärung](#) hochrangiger katholischer Bischöfe, Theologen, Mediziner und Juristen gegen den Missbrauch der Corona-Krise für finstere politische Absichten, schlägt seit Tagen hohe Wellen – auch [PI-NEWS berichtete](#).

Inzwischen haben sich neben den prominenten Erstunterzeichnern zigtausende Menschen rund um den Globus diesem dramatischen Weckruf angeschlossen, der noch weit mehr dunkle Aspekte der Corona-Krise in schonungsloser Weise anprangert, als bisher medial bekannt wurde, und vor der verborgenen Einflussnahme mächtiger Kreise im Hintergrund des Geschehens warnt.

Daher hat sich PI-NEWS nun zum Abdruck des ganzen Textes entschlossen und eine Verlinkung zur Mitunterzeichnung angehängt. Hier der Text:

In einer Zeit schwerster Krise erachten wir Hirten der katholischen Kirche, aufgrund unseres Auftrags, es als unsere heilige Pflicht, einen Appell an unsere Mitbrüder im Bischofsamt, an den Klerus, die Ordensleute, das heilige Volk Gottes und alle Männer und Frauen guten Willens zu richten. Dieser Aufruf ist auch von Intellektuellen, Medizinern, Anwälten, Journalisten und anderen Fachleuten unterzeichnet, die dem Inhalt zustimmen. Er kann von allen unterzeichnet werden, die ihn sich zu eigen machen möchten.

Die Fakten haben gezeigt, dass unter dem Vorwand der Covid-19-Epidemie in vielen Fällen unveräußerliche Rechte der Bürger verletzt und ihre Grundfreiheiten unverhältnismäßig und ungerechtfertigt eingeschränkt werden, einschließlich des Rechts auf Religionsfreiheit, der freien Meinungsäußerung und der Bewegungsfreiheit. Die öffentliche Gesundheit darf und

kann kein Alibi sein, um die Rechte von Millionen von Menschen auf der ganzen Welt zu verletzen, geschweige denn, um die Zivilbehörden von ihrer Pflicht zu entbinden, mit Weisheit für das Gemeinwohl zu handeln. Das gilt umso dringlicher, je mehr Zweifel von verschiedenen Seiten an der tatsächlichen Ansteckungsgefahr, der Gefährlichkeit und der Resistenz des Virus laut werden: Viele maßgebliche Stimmen aus der Welt der Wissenschaft und der Medizin bestätigen, dass der Alarmismus wegen Covid-19 durch die Medien in keinster Weise gerechtfertigt zu sein scheint.

Wir haben Grund zu der Annahme – und das auf der Grundlage offizieller Daten zur Epidemie in Bezug auf die Anzahl der Todesfälle – dass es Kräfte gibt, die daran interessiert sind, in der Bevölkerung Panik zu erzeugen. Auf diese Weise wollen sie dauerhaft Formen inakzeptabler Freiheitsbegrenzung aufzwingen, die Menschen kontrollieren und ihre Bewegungen überwachen. Diese illiberalen Maßnahmen sind der beunruhigende Auftakt zur Schaffung einer Weltregierung, die sich jeder Kontrolle entzieht.

Wir glauben auch, dass in einigen Situationen die Eindämmungsmaßnahmen, einschließlich der Schließung von Geschäften und Betrieben, die zu einer Krise geführt haben, die ganze Wirtschaftssektoren zum Erliegen gebracht haben, ergriffen wurden, um eine Einmischung von fremden Mächten zu begünstigen, mit schwerwiegenden sozialen und politischen Auswirkungen.

Diese Formen des „Social Engineering“ müssen von jenen, die Regierungsverantwortung tragen, gestoppt werden, indem Maßnahmen zum Schutz der Bürger ergriffen werden, deren Vertreter sie sind und in deren Interessen sie zu handeln haben, wie es ihre ernste Pflicht ist. Sie müssen der Familie, der Zelle der Gesellschaft, helfen und vermeiden, schwache und ältere Menschen unangemessen zu benachteiligen und sie zu schmerzhaften Trennungen von ihren Angehörigen zu zwingen. Die Kriminalisierung persönlicher und sozialer Beziehungen muss

als inakzeptabler Bestandteil eines Projekts verurteilt werden, mit dem die Isolation der Individuen gefördert werden soll, um sie besser manipulieren und kontrollieren zu können.

Wir fordern die wissenschaftliche Gemeinschaft auf, dafür zu sorgen, dass die medizinische Behandlung von Covid-19 in aufrichtiger Sorge um das Gemeinwohl gefördert und daher sorgfältigst vermieden wird, dass zweifelhafte Geschäftsinteressen die Entscheidungen der Regierungen und internationalen Behörden beeinflussen. Es ist unvernünftig, Arzneimittel, die sich als wirksam erwiesen haben und oftmals kostengünstig sind, zu ächten, um Behandlungen oder Impfstoffen Vorrang einzuräumen, die nicht so wirksam sind, aber Pharmaunternehmen höhere Gewinne garantieren. Damit erhöhen sich die Kosten für die öffentliche Gesundheit. Wir erinnern als Hirten daran, dass es für Katholiken moralisch inakzeptabel ist, sich mit Impfstoffen behandeln zu lassen, zu deren Herstellung Material von abgetriebenen Föten verwendet wird.

Wir fordern die Regierenden außerdem auf, dafür zu sorgen, dass Formen der Kontrolle über Menschen, sei es durch Tracingsysteme, sei es durch irgendwelche anderen Arten der Lokalisierung, auf das Strengste vermieden werden. Der Kampf gegen Covid-19, so ernst er auch sein mag, darf nicht als Vorwand zur Unterstützung undurchsichtiger Absichten übernationaler Organisationen und Gruppen dienen, die mit diesem Projekt sehr starke politische und wirtschaftliche Interessen verfolgen. Insbesondere muss den Bürgern die Möglichkeit gegeben werden, Einschränkungen der persönlichen Freiheiten abzulehnen und straffrei sich einer drohenden Impfpflicht zu entziehen und Tracingsysteme oder ähnliche Instrumente nicht zu benutzen.

Man beachte auch den offensichtlichen Widerspruch jener, die einerseits eine Politik der drastischen Bevölkerungsreduzierung verfolgen und sich gleichzeitig als Retter der Menschheit präsentieren, obwohl sie über keine

Legitimation verfügen, weder eine politische noch eine soziale. Letztendlich kann die politische Verantwortung derjenigen, die das Volk vertreten, auf keinen Fall „Experten“ übertragen werden, die – und das ist fürwahr beunruhigend – für sich selbst Formen der strafrechtlichen Immunität fordern.

Wir fordern die Medien mit Nachdruck auf, sich aktiv zu einer genauen Informationsweitergabe zu verpflichten und Dissens nicht zu bestrafen, indem, wie in den sozialen Medien, in der Presse und im Fernsehen mittlerweile weit verbreitet, Formen der Zensur auszuüben. Korrekte Informationsweitergabe bedeutet, dass auch anderen, von der vorherrschenden Meinung abweichenden Stimmen Raum gegeben wird. Damit ermöglicht den Bürgern erst, die Fakten selbst bewusst zu bewerten und von stark parteiischen Wortmeldungen beeinflusst zu werden. Eine demokratische und ehrliche Debatte ist das beste Gegenmittel gegen die Gefahr subtiler Formen der Diktatur, vermutlich noch schlimmere als jene, die unsere Gesellschaft in der jüngeren Vergangenheit entstehen und vergehen sah.

Lassen Sie uns schließlich als Hirten, die für die Herde Christi verantwortlich sind, daran erinnern, dass die Kirche mit Nachdruck Autonomie in der Leitung, im Gottesdienst und in der Verkündigung beansprucht. Diese Autonomie und Freiheit der Kirche ist ein Grundrecht, das der Herr Jesus Christus ihr gegeben hat, damit sie die Ziele verfolgen kann, die ihr eigen sind. Aus diesem Grund beanspruchen wir als Hirten nachdrücklich das Recht, über die Feier der Heiligen Messe und der Sakramente unabhängig entscheiden zu können. Wir fordern ebenso die Anerkennung unserer uneingeschränkten Autonomie in allen Angelegenheiten, die in die unmittelbare Zuständigkeit der kirchlichen Autorität fallen, wie z. B. die liturgischen Normen und die rechtlichen Vorgaben zur Spendung der heiligen Kommunion und der Verwaltung der Sakramente. Der Staat hat keinerlei Recht, sich aus welchem Grund auch immer in die Souveränität der Kirche einzumischen. Kirchliche Autoritäten haben sich nie verweigert, mit dem Staat zusammenzuarbeiten,

aber eine solche Zusammenarbeit ermächtigt die Zivilbehörden nicht, ganz gleich in welcher Form, Verbote oder Einschränkungen des öffentlichen Gottesdienstes und der Seelsorge zu verhängen. Die Rechte Gottes und der Gläubigen sind das oberste Gesetz der Kirche, auf die sie weder verzichten kann noch will. Wir fordern daher, dass die Beschränkungen für die Feier öffentlicher Gottesdienste aufgehoben werden.

Wir laden alle Menschen guten Willens ein, sich ihrer Pflicht zur Mitwirkung für das Gemeinwohl, jeder nach seinem Stand und seinen Möglichkeiten, im Geist der brüderlichen Nächstenliebe nicht zu entziehen. Diese von der Kirche gewünschte Zusammenarbeit kann jedoch weder von der Achtung des Naturrechts noch von der Sicherstellung der Freiheiten des Einzelnen getrennt werden. Die zivilrechtlichen Pflichten der Bürger implizieren die Anerkennung ihrer Rechte durch den Staat.

Wir sind alle aufgerufen, die aktuellen Fakten im Einklang mit der Lehre des Evangeliums zu beurteilen. Das verlangt eine Entscheidung: Entweder mit Christus oder gegen Christus! Lassen wir uns nicht von jenen einschüchtern oder gar erschrecken, die uns glauben machen wollen, wir seien nur eine Minderheit: Das Gute ist viel weiter verbreitet und mächtiger, als die Welt uns weismachen will. Wir kämpfen gegen einen unsichtbaren Feind, der die Bürger untereinander spalten, die Kinder von ihren Eltern, Enkel von ihren Großeltern, Gläubige von ihren Seelsorgern, Schüler von ihren Lehrern und Kunden von ihren Verkäufern trennen will. Lassen wir nicht zu, dass Jahrhunderte der christlichen Zivilisation unter dem Vorwand eines Virus ausgelöscht werden, um eine verabscheuungswürdige technokratische Tyrannei aufzurichten, in der Menschen, deren Namen und Gesichter man nicht kennt, über das Schicksal der Welt entscheiden können, indem sie uns in eine virtuelle Wirklichkeit verbannen. Wenn das der Plan ist, mit dem uns die Mächtigen dieser Welt uns beugen wollen, dann sollen sie

wissen, dass Jesus Christus, König und Herr der Geschichte, verheißen hat, dass „die Mächte der Finsternis“ nicht siegen werden (Mt 16, 18).

Vertrauen wir die Regierenden und all jene, die das Schicksal der Nationen lenken, dem allmächtigen Gott an, damit Er sie in diesem schweren Moment der Krise erleuchte und führen möge. Sie sollten daran denken, dass der Herr, so wie er uns Hirten richten wird für Seine Herde, die Er uns anvertraut hat, so werden auch die Regierenden von Ihm gerichtet, deren Pflicht es ist, ihr Volk zu verteidigen und zu regieren.

Wir wollen mit festem Glauben zum Herrn beten, damit Er die Kirche und die Welt schütze. Möge die allerseligste Jungfrau, Hilfe der Christen, den Kopf der alten Schlange zertreten und die Pläne der Söhne der Finsternis zunichtemachen.

-
- » Mitunterzeichnen unter veritasliberabitvos.info/
 - » Liste der Erstunterzeichner [hier](#)



Wie Yair Netanjahu zum „Musterknaben der AfD“ wurde

Von COLLIN MCMAHON | Die linke israelische Tageszeitung Ha'aretz hat den Sohn des israelischen Premierministers, Yair

Netanjahu, angegriffen, weil einer seiner Twitter-Posts von einem AfD-Abgeordneten geteilt wurde.

„Netanjahus Sohn wird der Star einer deutschen nationalistischen Partei, nachdem er EU ‚böse‘ nennt“, titelt [Ha'aretz](#) am Donnerstag. Yair Netanjahu sei „die neue Wahlkampfikone der rechtsextremen AfD geworden“, so die linke Tageszeitung hyperbolisch.

Yair Netanjahu, der sich oft [auf Twitter](#) zur Politik und zur Lawfare-Kampagne gegen seinen Vater äußert, hatte sich vergangene Woche darüber beschwert, dass sich die EU-Vertretung am Tag der Gefallenen Soldaten am 27. April in Israel an einer [virtuellen Gedenkstunde](#) mit palästinensischen Gruppen beteiligt habe, die den Tod israelischer Soldaten mit dem von Terroristen gleichsetzen.

„Die EU ist der Feind Israels und aller christlichen Länder Europas!“, schrieb Yair Netanjahu am [28. April auf Twitter](#). „Schengen ist tot, und eure bösertige globalistische Organisation wird auch bald tot sein. Europa wird wieder frei, demokratisch und christlich sein!“

Dieser Tweet wurde vom AfD-EU-Abgeordneten Joachim Kuhs aufgegriffen und in einem [Banner auf Facebook](#) geteilt.

Yair Netanyahu antwortete Kuhs am Mittwoch mit einem Link auf den [Bericht von NGO-Monitor](#) zur finanziellen Unterstützung von [israelfeindlichen NGOs](#) durch die deutsche [Bundesregierung und Altparteien](#) mit den Worten: „Bitte beenden Sie mit ihren Kollegen diesen Wahnsinn!“

Please act with your colleagues to stop this insanity!
<https://t.co/ykYU0nFknd>

– Yair Netanyahu ?? (@YairNetanyahu) [May 6, 2020](#)

Dieser Austausch wurde von Ha'aretz zum Anlass genommen, den

Sohn des israelischen Premierministers als „Musterknabe einer deutschen rechtsextremen Partei“ zu attackieren. Die [Times of Israel](#) und [Jerusalem Post](#) schlugen in die gleiche Kerbe.

[Joachim Kuhs](#) ist Mitglied im Haushaltsausschuss der EU, im AfD-Bundesvorstand und ist Vorsitzender der „Christen in der AfD“. Im August 2019 [besuchte er Israel](#) mit einer Delegation der „[Juden in der AfD](#)“, und traf sich unter anderem mit Vertretern der Likud-Partei und israelischen NGOs. Er schreibt regelmäßig in [deutschen](#) und [israelischen](#) Medien zum Thema.

„Die Annäherung der konservativen patriotischen Parteien in Europa und Israel ist natürlich der schlimmste Alptraum für die AfD- und Israelhasser in Berlin und in Tel Aviv“, so Joachim Kuhs. „Anders ist die völlig hysterische und übertriebene Reaktion der Ha’aretz nicht zu erklären. Ich danke Yair Netanjahu für seine freundliche Antwort und versichere ihm, wir werden nicht aufhören, die israelfeindliche Politik in Berlin und Brüssel zu entlarven.“

Die linke [Ha’aretz](#) ist zu 25 Prozent im Besitz der Kölner Dumont-Gruppe und äußert sich entsprechend oft kritisch über Netanjahu und die Likud-Regierung. Die Beteiligung wird [in Israel](#) vor allem [unter Konservativen](#) äußerst kritisch gesehen, da [Kurt Neven DuMont](#) Mitglied der NSDAP war und im Dritten Reich die Propaganda der Nationalsozialisten befeuert hat. Die Zeitung Ha’aretz wird eher im Ausland gelesen als in Israel und macht derzeit enorme Verluste. Neven DuMont scheiterte bislang mit [Verkaufsangeboten](#).

Mehr von Joachim Kuhs zum Thema Israel:

- » [Jüdische Rundschau: Sind Berlin und Brüssel die größten Friedenshindernisse im Nahen Osten?](#)
- » [Video: Joachim Kuhs in Samaria – „Die EU boykottiert Israel!“](#)
- » [AfD in Israel: »Die Araber müssen lernen mit Juden zu leben, anstatt sich abzuspalten«](#)

- » [EU-Abgeordneter Joachim Kuhs \(AfD\): »Die israelfeindliche Politik der EU und UNO muss aufhören«](#)
- » [Werden Terroristen wegen Corona freigelassen?](#)

Joachim Kuhs in Israelischen Medien:

- » [Arutz Sheva: The EU is waging war on Israel!](#)
- » [Israel Unwired: German Politician Stands up to Anti-Israel EU Policy](#)
- » [Israel Unwired: German Police Raid Hezbollah Associated Mosques, Enforcing New Law](#)



München: Muezzinruf von vier Moscheen täglich um 19 Uhr

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Da derzeit aufgrund des Versammlungsverbotes im Zuge der Corona-Krise auch keine Moscheebesuche gestattet sind, wurden in ganz Deutschland Sondergenehmigungen für den Muezzinruf erlassen, damit Moslems einen Ersatz für das gemeinsame Gebet haben. In München wurde vier Moscheen gestattet, täglich um 19 Uhr für maximal zehn Minuten und höchstens mit 85 dB Lautstärke den Ruf erschallen zu lassen. Ich habe diesen Ruf am vergangenen Samstag an der DITIB-Moschee in München-Sendling gefilmt und das Video mit dem übersetzten Text versehen (*Video oben*).

Neben der DITIB-Moschee in Sendling ertönt der Muezzinruf auch

bei der DITIB in Pasing, der Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs in Moosach und dem Deutsch-Islamischen Kulturzentrum in Neuperlach. Die Erlaubnis gilt vorerst bis zum 3. Mai.

Außerhalb Münchens wurden in Bayern auch in Fürstenfeldbruck und in den fränkischen Städten Kulmbach, Karlstadt und Weissenburg solche Genehmigungen erteilt. Journalistenwatch hat in seinem Artikel „Der Muezzinruf beschallt Deutschland“ die mehr als befremdliche Situation vor Ort mit [zahlreichen Videos dokumentiert](#).

In dem PI-NEWS-Video ist auch die Information über eine [erfolgreiche Klage](#) gegen den Muezzinruf aus dem Jahr 2018 zu sehen. In Oer-Erkenschwick hatte ein Ehepaar gegen den Ruf geklagt, da er die „negative Religionsfreiheit“ verletze. Danach dürfe niemandem ein bestimmter Glaube aufgezwungen werden, was beim Muezzin-Ruf, der inhaltlich einen islamischen Alleinvertretungsanspruch zulasten anderer Religionen geltend mache, aber der Fall sei. Dieses Urteil des Verwaltungsgerichtes Gelsenkirchen kann beispielgebend für alle Städte und Gemeinden in Deutschland sein, in denen sich Bürger durch den Muezzinruf belästigt fühlen. Es kann durchaus sein, dass viele Moschee-Verbände versuchen werden, diese Beschallung auch nach Beendigung der Corona-Beschränkungen fortzuführen. Dem ist dann entschieden entgegenzutreten.

Die Publizistin Seyran Ates, Gründerin der liberalen Ibn Ruschd-Goethe Moschee in Berlin, beschreibt in [einem Artikel bei Cicero](#), dass bei fundamentalen Moslems der erschallende Muezzinruf auch als „Sieg über die Ungläubigen“ gewertet werde. Es zeichne sich ein beginnender Kulturkampf ab:

Die Gebetsrufe kommen als Zeichen der Solidarität daher. Diese Sichtweise wird aber nur von wenigen vertreten. Die Organisatoren sagen zwar auch, dass es sich um ein Zeichen handele, aber die zentrale Frage ist doch, wie eine derartige Aktion bei den Musliminnen oder Muslimen ankommt, die den Ruf hören. Und nicht alle befürworten sie. Denn was wir sehen,

sind die Vorboten eines Kulturkampfes entlang religiöser Konfliktlinien.

Der Ruf des Muezzins aus der „Neuköllner Begegnungsstätte (NBS) heraus führte nicht dazu, dass die Menschenmenge vor der Moschee dies als Verbundenheit zwischen Christen und Muslimen in schweren Zeiten auffassten, sondern als Sieg über die Ungläubigen, die Unterdrücker der Muslime. So lauteten jedenfalls viele Kommentare in den sozialen Medien unter den geposteten Videoaufnahmen.

Aus Spanien kamen gar Aufnahmen mit dem Hinweis, dass endlich nach 500 Jahren der Muezzin wieder zu hören und der Sieg der Muslime über den Ungläubigen nicht mehr fern sei. Die Muslime würden sich zurückholen, was ihnen einst genommen wurde.

Bei „Tichys Einblick“ stellt Autor Josef Kraus fest, dass sich der Muezzin-Ruf im [Windschatten von „Corona“ ausweite](#). Damit werde versucht, den Islam in Deutschland weiter zu installieren:

Muezzin-Rufe hin – „Corona“ her: Es geht um mehr. Es geht nicht darum, ob und wann und in welcher Lautstärke mit oder ohne Mikrofon ein „Ausrufer“ fünfmal am Tag zum Gebet in eine Moschee ruft. Sondern es geht wie bei Ceylan und Mazyek darum, die Theorie festzuklopfen, dass der Islam zu Deutschland gehöre. Corona ist da nur eines von mehreren Trittbrettern. Ceylan und Mazyek mögen sich noch so sehr als Vertreter eines toleranten und modernen Islams gerieren. Aber ein solcher Islam ist ein Mythos.

Während der Augsburger Theologe Johannes Hartl den Muezzinruf als „imperialistische Proklamation“ bewertet, will ihn die Krefelder FDP [dauerhaft erlauben](#). Es besteht noch immens viel Aufklärungsbedarf in Deutschland..



Michael
Stürzenberger

[PI-NEWS-Autor Michael Stürzenberger](#) arbeitete als Journalist u.a. für das Bayern Journal, dessen Chef Ralph Burkei beim islamischen Terroranschlag in Mumbai starb. 2003/2004 war er Pressesprecher der CSU München bei der Franz Josef Strauß-Tochter Monika Hohlmeier und von 2014 bis 2016 Bundesvorsitzender der Partei „Die Freiheit“. Seine fundamentale Kritik am Politischen Islam muss er seit 2013 in vielen Prozessen vor Gericht verteidigen. Unterstützung hierfür ist über diese Bankverbindung möglich: Michael Stürzenberger, IBAN: HU70117753795954288500000000, BIC: OTPVHUHB. Oder [bei Patreon.](#)



Dank Ramelow offene Moscheen in Thüringen an Ramadan

Von SARAH GOLDMANN | Bodo Ramelow, der rote Junker, sieht sich als Herrscher in seinem kleinen Fürstentum Thüringen. Das wurde bereits überdeutlich, als er seine demokratische Abwahl dieses Jahr mit aller Gewalt und mit Hilfe der großen CDU-Kanzlerin wieder rückgängig machte. Jetzt herrscht er wieder, absolut.

Das zeigte er letzten Donnerstag. Da erlaubte er den Muslimen in Thüringen ganz gegen den Trend, sich bereits im beginnenden Ramadan in ihren Moscheen zu treffen, selbst wenn es noch die immer beklagten „Hinterhofmoscheen“ sind, abgelegen und vor allem eng. Auch wenn es in Wirklichkeit keine reinen Gotteshäuser sind, sondern daneben auch Geschäfte, Schulen, Hotels. Die [Freie Welt](#) berichtet:

Noch zu Ostern durften Christen in Thüringen sich nicht in ihren Kirchen versammeln. Doch nur wenige Tage später erlaubt der Linke Bodo Ramelow [...] die Öffnung von Moscheen zu Beginn des Ramadan. Vordergründig beruft er sich dabei auf das Bundesverfassungsgericht. Das hatte einem Kläger in Stuttgart Recht gegeben, der gegen ein Demonstrationsverbot geklagt hatte. Die Thüringer Landesregierung steht mit dieser Entscheidung alleine. Selbst der Berliner Senat lockert die Beschränkungen erst am 2. Mai. Hier darf man also mehr vermuten als einen Zufall.

Natürlich kein Zufall. Einerseits wollte Ramelow dort seine All-Macht als kleiner Landesfürst demonstrieren, der wie in der frühen Neuzeit die Religion seines Territoriums bestimmen darf: Cuius regio, eius religio. Daneben aber tritt noch ein zweiter Aspekt.

Nach vorne hin tritt Ramelow zwar als bekennender Christ auf,

hinten herum zeigt er aber durchaus, für wen eigentlich sein Herz schlägt. Wir erinnern uns: Bei der [Ankunft von „Flüchtlingen“](#) in Thüringen 2015 sagte er unter anderem „Dies ist der schönste Tag in meinem Leben“ und „Inschallah, ich freue mich, dass ich euch hier begrüßen darf“.

Was für eine verquere Logik: „Sofern Allah will, freue ich mich jetzt, dass ich euch begrüßen darf.“ Da er sich in dem Moment bereits freute, musste er Allahs Zustimmung dazu gar nicht mehr abwarten. Er wollte aber wohl auch eher ausdrücken, wie gut er Arabisch kann und wem seine Loyalität gilt.



Moslems wollten zu Ramadan Moscheeöffnung erreichen

Während die deutschen Christen zu Ostern ohne Murren die Schließung ihrer Kirchen hinnahmen und ihre Pastoren an die Stelle von Christi Auferstehung ein paar lustige [Events](#) oder [Turnübungen](#) stellten, nehmen die Moslems in Deutschland ihren Glauben ernster, nicht nur was die erstmaligen Muezzinrufe in vielen Städten und Gemeinden betrifft (PI-NEWS berichtete [hier](#), [hier](#) und [hier](#)).

In Niedersachsen zum Beispiel versuchten Moslems noch bis zuletzt per Eilantrag, eine Öffnung ihrer Moscheen zum Ramadan hin zu erreichen und so die ihnen – wie sie vielleicht meinen

– gebührende Extrawurst durchzusetzen.

Wurde aber nichts. Gläubige und Zoobesucher müssen in Niedersachsen auch in nächster Zeit auf entsprechende Ausflüge verzichten, entschied das Obergerverwaltungsgericht (OVG) Lüneburg und wies damit mehrere Eilanträge gegen die in der [Corona-Pandemie](#) verhängten [Einschränkungen](#) zurück. [Der NDR](#) berichtet:

Der Schutz von Leben und Gesundheit der Bevölkerung sei derzeit dem Recht auf freie Religionsausübung übergeordnet, entschied das Gericht. Zur Begründung verwies das Gericht darauf, dass mildere Mittel – etwa bloße Zugangsbeschränkungen – in einem geschlossenen Raum nicht zur Verfügung stünden. Zudem blieben die individuelle Glaubensausübungsfreiheit und religiöse Versammlungen unter freiem Himmel möglich. Geklagt hatte ein Verein, der sich für die Rechte von Muslimen einsetzt.

Und geurteilt hat ein Gericht, das sich für die Rechte (und Pflichten) aller einsetzt. Der am Donnerstag ergangene Beschluss ist unanfechtbar (Az.: 13 MN 109/20).



Recklinghausen: UBP und AfD

kämpfen gegen Muezzinruf

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Im Windschatten der Kirchen, die mit ihrem Glockenläuten ein „Solidaritätsbekunden“ mit den Ausgangsbeschränkungen und Versammlungsverboten während der Corona-Krise ausdrücken, nutzen immer mehr islamische Gemeinden jetzt die Möglichkeit, ihren Kampfruf von den Minaretten herunterdröhnen zu lassen. [Das Bekunden](#) „*Ich bezeuge, daß es keinen Gott außer Allah gibt. Ich bezeuge, daß Mohammed der Gesandte Allahs ist. Allah ist der Allergrößte*“ stellt eine Kriegserklärung an sämtliche Religionen dar, denn andere Götter werden mit diesem Ruf als nicht existent erklärt.

[Dieses Video](#) vermittelt eindrucksvoll, mit welcher akustischer und inhaltlicher Belästigung Bürger in derzeit 37 deutschen Städten konfrontiert sind. In einer Online-Petition hatten bereits 2014 über 11.000 Personen dies auch für Recklinghausen [gefordert](#). Erfolgreich, denn jetzt ertönt er [auch dort](#). Nun formiert sich aber Widerstand. Ein Bürger sammelte bisher von Haus zu Haus bisher 120 Unterschriften gegen das Gedröhne und möchte sie in Kürze den Verantwortlichen bei der Stadt überreichen.

Die Unabhängige Bürger Partei (UBP) und die AfD gehen ebenfalls gegen den Muezzinruf vor. Die UBP hatte die Moscheevereine aufgefordert, [eine neutrale Form](#) für ihr Solidaritätsbekunden zu finden, das die religiösen Gefühle Andersgläubiger nicht berühre. Zudem dürfe die Aufforderung „Eilt zum Gebet“ nicht erschallen, denn in Zeiten der Corona-Krise sollten die Gläubigen eben nicht zum Gebet in die Moschee kommen. Moslems müssten sich an die weltlichen Gesetze halten, da diese über den religiösen Gesetzen stünden.

Die AfD forderte Bürgermeister Christoph Tesche (CDU) auf, die vorschnell erteilte Genehmigung umgehend zurückzunehmen. Der

Bürgermeister solle mit den Moslems nach alternativen Möglichkeiten suchen. Die Reaktionen von Vertretern der Altparteien sind entlarvend. Keiner scheint die Botschaft des Muezzinrufs begriffen zu haben. Oder sie wollen sie nicht begreifen und versuchen sie geradezu zwanghaft zu verharmlosen. Die Recklinghäuser Zeitung [dokumentiert](#):

CDU-Fraktionschefin Marina Hajjar hält die Debatte für überflüssig und nicht mehr zeitgemäß. Alle Recklinghäuser Muslime und Juden hätten mehr als einmal bewiesen, dass sie das Gleiche wollen wie die Christen: Frieden und Zusammenhalt. Da sei der Ausruf des Muezzin kein Widerspruch.

Falsch. Der Muezzinruf lehnt alle anderen Götter und damit Religionen ab. Sobald der Politische Islam an der Macht ist, werden sämtliche nicht-islamischen Religionsgemeinschaften unterdrückt, diffamiert und verfolgt. Anschauungsunterricht liefern alle 57 islamischen Staaten. Es ist hochgradig naiv und gefährlich, wenn man wie die CDU-Fraktionschefin glaubt, die Moslems vor Ort seien „ganz anders“. Denn auch sie sind der Scharia verpflichtet, und sobald der Politische Islam in Machtposition kommt, muss das islamische Gesetz umgesetzt werden. Andernfalls droht die Todesstrafe wegen Abfalls vom Islam.

SPD-Fraktionsvorsitzende Frank Cerny hält die Kritik am Muezzinruf ebenso für unangemessen. Alle drei großen Religionen beriefen sich auf einen Gottvater. Er hat kein Verständnis für die Kritik der Anwohner. Die Gemeinden hätten diese mittels Flugblättern informiert.

Ebenfalls falsch. Alle drei großen Religionen berufen sich auf einen anderen Gott. Und der Gott des Islams ruft auch noch zum Krieg gegen alle anderen Religionen auf. Er verspricht den Moslems sogar das Paradies mit 72 Jungfrauen, wenn sie in diesem Kampf Andersgläubige töten und dabei selbst getötet werden. Allah verflucht alle Andersgläubigen im Koran (Sure 9

Vers 30) und diffamiert sie als „schlechteste Geschöpfe“ (98:6) sowie „schlimmer als das Vieh“ (8:55), die bekämpft und unterworfen (9:29) sowie bei Gegenwehr getötet werden sollen (2:191, 4:91, 5:34, 9:5, 9:111 etc.). Der Kampf soll so lange geführt werden, bis nur noch Allah angebetet wird (8:39). Wer sich von den minderwertigen Kuffar (Ungläubigen) auch noch einsetzt, ist entweder völlig faktenresistent oder hochgradig suizidär veranlagt.

Bürgermeister Christoph Tesche (CDU) hat kein Verständnis für die Kritik. Zumal sich die Erlaubnis für den Ruf auf die Zeit, in der das Versammlungsverbot Gottesdienste und Gebete verbietet, beschränke. Darüber hinaus hält er die Lautstärke für zumutbar. Sie bewege sich „natürlich in den Grenzen der gesetzlichen Vorschriften“. Nach Ansicht des Stadtoberhauptes sei es nötiger denn je, die Kräfte der Stadtgesellschaft zu einen. Die Lage sei zu ernst, „als dass wir deren Spaltung akzeptieren oder kommentarlos hinnehmen könnten“. Ebenso die Pfarrer verteidigen den Muezzinruf.

Appeasement in Vollendung gegenüber einer totalitären Ideologie. Der Wunsch nach „Einigung“ und die Angst vor „Spaltung“ der Gesellschaft führen dazu, die akute Bedrohung zu verharmlosen und zu ignorieren. Solche Politiker und Mandatsträger stellen eine Gefahr für die Bevölkerung dar. Viele Pfarrer marschieren hierbei [im Gleichschritt mit](#). Recklinghausen ist ein stellvertretendes Beispiel für alle Städte und Gemeinden in Deutschland, die den Muezzinruf akzeptieren.

Auch der CDU-Bürgermeister von Bergisch-Gladbach [erklärte freudig](#), dass er dies „selbstverständlich gerne möglich“ mache. PI-NEWS-TV hat die unheimliche Szenerie vor Ort aktuell gefilmt:

Das Erwachen aus dem blauäugigen Multi-Kulti-Traum wird für alle linksgrünrotschwarzen Realitätsverweigerer brutal werden.

Die Bürger müssen es dann aber ausbaden. In Recklinghausen können zumindest UBP und AfD sagen, dass sie gewarnt haben und dagegen vorgegangen sind.



Michael
Stürzenberger

[PI-NEWS-Autor Michael Stürzenberger](#) arbeitete als Journalist u.a. für das Bayern Journal, dessen Chef Ralph Burkei beim islamischen Terroranschlag in Mumbai starb. 2003/2004 war er Pressesprecher der CSU München bei der Franz Josef Strauß-Tochter Monika Hohlmeier und von 2014 bis 2016 Bundesvorsitzender der Partei „Die Freiheit“. Seine fundamentale Kritik am Politischen Islam muss er seit 2013 in vielen Prozessen vor Gericht verteidigen. Unterstützung hierfür ist über diese Bankverbindung möglich: Michael Stürzenberger, IBAN: HU70117753795954288500000000, BIC: OTPVHUHB. Oder [bei Patreon](#).



Christen in Nahost vom Westen verlassen und verraten

Von KEWIL | Der syrisch-katholische Patriarch Ignatius Joseph III. sagt, die Christen des Nahen Ostens fühlten sich vom Westen verlassen und verraten – und dies obwohl sie eigentlich zu den ältesten Christen der Welt gehören. Dem Westen ist das egal. Er macht lieber Geschäfte mit den islamischen Christenverfolgern in Nahost:

Younan: Die Christen des Nahen Ostens fühlen sich vom Westen verlassen und tief verraten. Obwohl wir das Erbe von jahrtausendealten Kulturen weitertragen und die ersten Missionare dieses Glaubens waren, merken wir daß unser Überleben für den Westen nicht wichtig ist. Viele Christen fragen sich, wieso der Westen so vorsichtig jede Art Minderheit schützt und gleichzeitig die verwundbarste Minderheit des Nahen Ostens, die in kurzer Zeit sogar verschwinden könnte, vergißt. ([Fortsetzung JF hier](#))

Nun, was die Christen in Syrien nicht kennen, ist die seuchenartig verbreitete Dummheit, falsche Toleranz und Verlogenheit bei den Gutmenschen hier, wo sich kaum einer am Islam stört, und die Mehrheit der Trottel in der Politik nichts gegen Moschee und Scharia im Abendland hat.

Folgerichtig werden auch jetzt während der Corona-Krise allüberall die Stimmen wieder lauter, wir dürften die ach so armen Asylantenkinder auf den griechischen Inseln nicht vergessen und sollten sie schnellstens nach Germoney holen.

Der freche Luxemburger Außenminister Asselborn braucht sich dabei nicht mal mehr zu tarnen. Lauthals sagt er uns allen ins Gesicht: „Jedem Jugendlichen folgen später im Zuge des Familiennachzugs vier bis fünf weitere Personen, das ist so, das muss man auch offen sagen.“

Die [Presse gibt es](#) weiter, und der deutsche Michel schläft offensichtlich trotzdem gut – seit Jahren.



Ostervorbereitung in Zeiten der Krise

Wie feiert man in diesen Zeiten Ostern? Der NDR hat Pastor Frank Engelbrecht von der Gemeinde St. Katharinen [in Hamburg aufgesucht](#), um sich die neuen Formen des Osterfestes in Zeiten des Kontaktverbotes aufzeigen zu lassen. Das hat der NDR dort erfahren:

Statt der Orgel wird ein „schlankes Tenor-Saxophon“ für die Musik in der Kirche sorgen. Der Gottesdienst wird per Livestream mit Performances aus dem Gotteshaus kommen. Pastor Engelbrecht hat jetzt doppelt so viel Arbeit, der Mann des Wortes schildert im NDR-Video ab Minute 0:21 die neuen Herausforderungen:

„Also, das ist schon anstrengend auch. Ich merk, sobald ich eben alles doppelt mache. Also, ich schreib die Texte, ich denk mir was aus und ich muss immer wie die technische Ebene zu denken ... Aber ist auch fantastisch. Was für Leute ich treffe, welche Leute zuspringen.“

Einer der „Zuspringer“ ist der „Künstler“ Arne Lösekann, der eine 360 Grad-Kamera von der Decke ins Mittelschiff hängen

lässt. Die erlaubt einen Rundblick in die leere Kirche und soll während des Gottesdienstes langsam nach oben gezogen werden. Eine „performative Videoinstallation“ nennt das der „Künstler“. Und er wird für seinen „höchsten körperlichen Einsatz“ vom NDR gelobt (Min 1:52), als er eine Treppe emporsteigt, um die Kamera von oben durch ein Loch in der Decke zu justieren.

Pastor Engelbrecht preist indes seinen letzten medialen Gottesdienst-Clou an, den er per Livestream mit Gang durch die Stadt Hamburg verband und er lacht übers ganze Gesicht, als er sich daran erinnert.

Auch in der Osternacht wird er aktiv werden (Video ab 2:15), um interaktiv vom Turm der Kirche aus zuerst die Mitternacht und später dann den Sonnenaufgang zu begrüßen, so wie Germanen oder Neonazis früher die Sonnenwende. „Großartig“ findet er es, dass diesen Sonnenaufgang interaktiv jetzt sogar ein paar hundert Menschen mitverfolgen können, statt der „60 Frühaufsteher, die wir sonst haben“.

„Ostern medial auf St. Katharinen“, so das Schlusswort des NDR zu dieser Vorbereitung. Aber fehlt da nicht noch irgendwas, bis jetzt?

Nicht erwähnt wurde Jesus Christus, der am Freitag vor fast 2000 Jahren hingerichtet wurde. Der seine Solidarität und Verbundenheit mit den Menschen bis in die allerletzte Konsequenz vollzog und sich foltern und ermorden ließ.

Es ist nicht der Sonnenaufgang am Ostersonntag, der die Menschen faszinieren sollte, oder der Blick aus einer 360 Grad-Kamera in ein leeres Kirchenschiff. Jesus ist für uns Menschen gestorben, aber er ist wieder auferstanden.

Es gibt ein Leben nach dem Tod. Nach dem physischen Tod, den jeder von uns erwartet, gibt es eine Fortsetzung unseres Lebens. Das ist die Botschaft von Ostern. Zumindest aus einem, wenn auch „medialen“ Gottesdienst oder seiner Vorankündigung

sollte man diese Information mitnehmen dürfen.